

Hanspeter, Spoerry, Stamm Luzi, Steinemann, Stucky, Tschopp, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Wittenwiler, Wyss, Zölch, Zwahlen (86)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:
Aubry, Baumberger, Daepf, Deiss, Duvoisin, Keller Rudolf, Leuenberger Moritz, Luder, Mamie, Pidoux, Ruffy, Scheidegger, Scherrer Werner, Schnider, Steffen, Steinegger, Suter, Wick (18)

Präsident Nebiker stimmt nicht
M. Nebiker, président, ne vote pas

Art. 2
Angenommen – Adopté

Art. 3
Angenommen gemäss Antrag der Minderheit
Adopté selon la proposition de la minorité

Art. 6

Präsident: Die Eventualanträge Gonseth und Epiney entfallen.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission
Adopté selon la proposition de la commission

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

91.054

Höhere Fachschulen im Sozialbereich. Finanzhilfen Ecoles supérieures de travail social. Aides financières

Botschaft und Gesetzentwurf vom 16. September 1991 (BBI IV 337)
Message et projet de loi du 16 septembre 1991 (FF IV 325)
Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Ordnungsantrag Fischer-Sursee
Das Geschäft ist in Kategorie III (statt IV) zu behandeln.

Motion d'ordre Fischer-Sursee
Traiter l'objet en catégorie III (au lieu de IV).

Fischer-Sursee: Ich stelle Ihnen den Antrag, dieses Geschäft statt wie vorgesehen in der Kategorie IV, also reine Schriftlichkeit, in der Kategorie III zu behandeln, damit die Antragsteller ihre Anträge mündlich begründen können. Es liegen einige Abänderungsanträge zum Vorschlag des Bundesrates vor, und zwar Abänderungsanträge sowohl aus dem Rat als auch solche der Kommission. All diese Anträge werfen Fragen auf, die diskutiert und beantwortet werden müssen. Es bestehen auch Unklarheiten, die ausgeräumt werden müssen. Ich weise auf zwei Beispiele hin: Die Kommission spricht entgegen der Vorlage des Bundesrates von «anrechenbaren Betriebsaufwendungen». Die Kommission hat diese Formulierung dem Berufsbildungsgesetz entlehnt. Dort sind aber die Investitionen inbegriffen. Gemäss Botschaft und Auffassung des Bundesrates wären aber die Investitionen nicht subventionsberechtigt. Es stellt sich die Frage: Was gilt nun? Das muss auf jeden Fall in der Diskussion klargestellt werden. Auch die Abhängigmachung der Finanzhilfen von der Finanzkraft der Kantone stösst auf Vollzugsprobleme, die hier geklärt werden müssen. Es handelt sich ausschliesslich um private Schulen, die zum Teil von mehreren Kantonen gemeinsam geführt werden.

Noch etwas zum Grundsätzlichen: Meines Erachtens gehören Gesetzesberatungen grundsätzlich nicht in die Kategorie IV, es sei denn, es bestehe völlige Einigkeit. Die Folge ist sonst, dass bei der späteren Handhabung des Gesetzes Anwendungs- und Vollzugsprobleme entstehen und Unklarheiten bleiben. Die Materialien sind dann einfach sehr mager. Die Kommission schlägt Änderungen vor, die Fragen aufwerfen und eine Reduktion der Finanzhilfen zur Folge haben. Sie wissen: diese Vorlage ist mein geistiges Kind. Sie dürfen es einem Vater nicht verargen, dass er sein Kind – welchem die Gefahr droht, von der Kommission misshandelt zu werden – schützen will.

Abstimmung – Vote
Für den Ordnungsantrag Fischer-Sursee 63 Stimmen
Dagegen 13 Stimmen

Antrag der Kommission
Eintreten
Proposition de la commission
Entrer en matière

Allenspach, Berichterstatter: Die Subventionierung der Höheren Fachschulen für Soziale Arbeit erfolgt seit 1952 aufgrund befristeter Bundesbeschlüsse. Die Gültigkeit des jüngsten Bundesbeschlusses vom Oktober 1979 läuft allerdings 1992 ab. Wenn wir auf das Geschäft nicht eintreten, würden Ende 1992 die Bundesbeiträge wegfallen.

Im Rahmen der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen wurde am 29. Oktober 1986 entschieden, das Ende 1989 auslaufende Bundesgesetz nicht mehr zu verlängern. Die eidgenössischen Räte haben aber in der Folge eine Motion Fischer-Sursee überwiesen, die verlangte, dass weiterhin Bundesbeiträge an diese Schulen ausgerichtet werden können, und am 6. Oktober 1989 den geltenden Bundesbeschluss bis Ende 1992 verlängert, mit dem Auftrag, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die diese Beiträge ab 1992 dauerhaft verankert.

Die Ausbildung im Sozialbereich ist wichtig. Die Gesellschaft benötigt soziale Dienste und damit auch Fachleute, die diese Dienste organisieren, leiten und erbringen können. Diese Fachschulen sind föderalistisch organisiert. Sie basieren grösstenteils auf privatrechtlich organisierten Trägerschaften. Sie werden gemäss Vorlage nur dann in den Kreis der Subventionsberechtigten aufgenommen, wenn sie von mindestens einem Kanton anerkannt, getragen und mitunterstützt werden. Aufgrund von Erfahrungen mit anderen Fachschulen erscheint es nicht ausgeschlossen, dass die Zahl der gemischten (öffentlich-privaten) oder der rein öffentlichen Trägerschaften mit der Zeit zunehmen könnte.

Der Entwurf hält sich im Prinzip an die bisherige Ordnung. Neu ist der Einbezug der Höheren Fachschulen für Sozialpädagogik ins Beitragsrecht. Neu sind auch die verstärkten qualitativen Anforderungen an die Schulen als Voraussetzung für die Subventionsberechtigung. Neu ist auch eine Verstärkung des Bezugs der Kantone. Es wird beispielsweise klar festgelegt, dass der Anerkennung der Beitragsberechtigung durch den Bund eine Anerkennung der Schule durch den Sitzkanton vorauszugehen hat; dass die Betriebsrechnungen einer Schule durch den Sitzkanton zu prüfen und über ihn beim Bund die Abrechnung einzureichen sei; dass die Kantone in der vorgesehenen Fachkommission zur Erarbeitung der Minimalerfordernisse vertreten sind und diese Minimalerfordernisse erst nach Anhören der interessierten Regierungskonferenzen erlassen werden. Sie sehen daraus, dass aufgrund der bisherigen Erfahrungen Organisationsformen geschaffen werden, die von dauerhaftem Bestand sein können.

Die Kommission hat die Vorlage dieses Gesetzes einhellig begrüsst. Die Notwendigkeit der Mitfinanzierung dieser Ausbildungsaufgabe durch den Bund war in der Kommission unbestritten. Aufgeworfen wurden Fragen der Einstufung dieser Schulen, des Kreises der subventionsberechtigten Schultypen und der Zielsetzung dieser Schulen. Gemäss Kommission handelt es sich um Schulen für die Ausbildung im ausseruniversitären Tertiärbereich. Die Frage, ob einzelne dieser

Schulen später als Fachhochschulen nach ausländischem Muster gelten könnten, ist von der Kommission bewusst offen gelassen worden. Es wird erst später zu definieren sein, welche dieser Schulen diesen Standard erreichen. Dazu müssen die Vorarbeiten bei den HTL und HWV, aber auch die Verhandlungen betreffs europäischer Anerkennung als Fachhochschulen vorerst einmal abgeschlossen sein.

Die Erziehungsdirektorenkonferenz vertrat im Vernehmlassungsverfahren die Auffassung, die Schulen für Sozialpädagogik sollten nicht in den Kreis der subventionsberechtigten Schulen einbezogen werden. Bundesrat und Kommission kamen indessen zum Schluss, dass diese Schulen schon früher einmal, vor der Aufgabenteilung, vom Bund subventioniert worden sind, dass diese Schulen ausserordentlich wichtig sind und eine gewisse Harmonisierung der Mindestanforderungen sichergestellt werden sollte. Das wird durch den Einbezug dieser Schulen in die Subventionsberechtigung erreicht.

Es geht heute primär um ein Subventionsgesetz, das nicht Zielsetzung und Organisation der Ausbildung ordnen soll. Es ist gemäss Botschaft mit Bundesaufwendungen von rund 10 Millionen Franken pro Jahr zu rechnen.

Die Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig Eintreten auf die Vorlage.

M. Guinand, rapporteur: Le projet de loi sur l'aide financière aux écoles supérieures de travail social a été examiné par la Commission de la science et de la recherche, au nom de laquelle nous vous rapportons. Ce projet a été adopté au vote d'ensemble de la commission par 16 voix sans opposition.

Nous rappellerons ici brièvement l'origine et l'objet du projet de loi, ses principales caractéristiques et les questions qu'il a suscitées dans le débat en commission. Les origines du projet tout d'abord. Les écoles supérieures de travail social bénéficient de subventions de la Confédération depuis 1922. Depuis 1952, le subventionnement résulte d'arrêtés fédéraux limités dans le temps. Dans le cadre de l'étude de la nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, la proposition avait été faite de supprimer le subventionnement fédéral en faveur des écoles supérieures de travail social. Le Conseil fédéral avait alors décidé de renoncer à la prorogation de l'arrêté venant à expiration en 1989.

Suite à diverses interventions parlementaires, et plus particulièrement à une motion adoptée dans les deux Chambres, le Conseil fédéral a été invité à créer les bases légales nécessaires à la poursuite du subventionnement des écoles supérieures de travail social. L'arrêté de subventionnement a été prorogé jusqu'à fin 1992. La loi proposée par le Conseil fédéral devrait prendre le relais, conformément au vœu du Parlement. L'objet de cette loi. La loi vise à accorder des aides financières aux écoles supérieures de travail social et à leurs organisations faitières, telles que définies à l'article 2 du projet de loi. Les conditions de l'aide financière sont prévues dans la loi et le Département fédéral de l'intérieur est compétent pour prendre la décision.

Les caractéristiques de cette loi. Il s'agit essentiellement d'une loi de subventionnement, elle ne traite donc en principe pas des questions de fond. Il est cependant prévu de donner la compétence au Département fédéral de l'intérieur de définir les exigences minimales auxquelles doit répondre l'enseignement dans les études subventionnées. Pour établir ces exigences, le Département fédéral de l'intérieur devra consulter la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique et des affaires sociales. La loi autorise par ailleurs le Département fédéral de l'intérieur à confier cette tâche à une commission représentative qui aurait aussi le pouvoir de contrôler l'application des exigences minimales fixées.

La discussion en commission a soulevé un certain nombre de questions en relation avec ce projet. Tout d'abord celle de savoir où situer les écoles concernées dans le système suisse de formation. Cette question est d'importance, au moment où la Suisse se doit de réfléchir à la situation des hautes écoles de formation professionnelle, qui ne relèvent pas du secteur universitaire. Une réponse claire à cette question n'a pas pu nous être donnée, mais dans la situation actuelle, on peut dire que

les écoles supérieures de travail social peuvent rentrer dans la catégorie des écoles professionnelles supérieures, telles que les écoles techniques supérieures ou les écoles supérieures d'administration.

Une autre question qui a fait l'objet de discussion est celle relative au mode et à l'étendue du subventionnement fédéral. Quelles dépenses prendre en considération, fonctionnement seulement ou investissement? S'agissant du fonctionnement, quels postes peuvent être retenus? Enfin, que devrait être le taux de subventionnement? Ces questions seront reprises tout à l'heure dans la discussion de détail, après l'examen des diverses propositions qui ont été déposées.

Pour l'instant, au nom de la commission, nous vous demandons d'entrer en matière sur le projet proposé et de voter la version retenue par la majorité de la commission.

Loeb François: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf dieses Gesetz.

Die Finanzhilfen für diese Höheren Fachschulen im Sozialbereich sind notwendig. Wir haben einen Handlungsbedarf, den wir zu erfüllen haben. Uns ist es jedoch sehr wichtig, dass man immer wieder daran denkt, dass die Ausbildung kantonale Hoheit darstellt, die Kantone ein Mitspracherecht haben müssen und ein Mitspracherecht haben sollen, dass der Bund vor allem koordinierend wirken muss und bei der Finanzierung mithelfen kann. Wichtig scheint uns ebenfalls, dass Schulen, die in den Genuss der Finanzhilfen kommen, klar genannt werden: Es ist ausserordentlich wichtig, dass wir keine falschen Versprechungen machen, sondern eine abschliessende Aufzählung vornehmen. Wenn wir das nicht tun, wird eine ganze Anzahl von Schulen hoffen, dass auch sie eine Berechtigung hätten. Das möchten wir auf keinen Fall.

Weiter scheint es mir wichtig, dass das Niveau der Höheren Fachschulen gehalten wird. Wenn wir schon von Höheren Fachschulen sprechen, müssen wir auch sicherstellen, dass das Niveau beibehalten werden kann. Aus diesem Grunde sind die Minimalanforderungen sicherzustellen. Dieses Gesetz sieht das vor und garantiert auch die entsprechenden Möglichkeiten.

Zu den Subventionsätzen und zu den weiteren Punkten werde ich mich bei den Mehrheits- oder Minderheitsanträgen äussern.

Frau Bühlmann: Bei der zur Diskussion stehenden Vorlage geht es um Finanzhilfen an die Höheren Fachschulen im Sozialbereich, konkret an die Ausbildungen in Sozialarbeit, Sozialpädagogik und soziokultureller Animation. Der Nationalrat hat heute zu entscheiden, welche Art von Finanzhilfen der Bund gewähren soll, wie hoch der Beitragssatz sein soll und wie das Beitragsverfahren abgewickelt werden soll.

Der vorliegende Gesetzesentwurf definiert nicht, welche Ausbildungsstätten Höhere Fachschulen im Sozialbereich sind. Das Gesetz gibt jedoch dem EDI den Auftrag, dies zusammen mit den Kantonen und den interessierten Kreisen zu definieren.

Es ist davon auszugehen, dass das EDI die gleichen Kriterien anwenden wird, wie sie das Berufsbildungsgesetz für die Höheren Fachschulen in seinem Geltungsbereich für die HTL, HWV usw. anwendet. Diese Definition ist ausser mit den Kantonen auch mit der EDK, der Erziehungsdirektorenkonferenz, und der Fürsorgedirektorenkonferenz abzusprechen. Erst wenn die entsprechenden Minimalanforderungen bekannt sind, wird sich zeigen, welche der heutigen Ausbildungsstätten im Sozialbereich die entsprechenden Kriterien erfüllen oder zu erfüllen bereit sind.

Ich kann mir gut vorstellen, dass es gerade im Bereich der stationären Sozialpädagogik Ausbildungsstätten geben wird, die ihre Ausbildung nicht auf dem Niveau einer Höheren Fachschule ansiedeln werden. Sie werden demzufolge über dieses Gesetz keine finanzielle Unterstützung durch den Bund erhalten. Aufgrund dieser Vorlage sind nur Ausbildungen auf der Tertiärstufe subventionsberechtigt. Der Bund verfügt auch nur für diesen Ausbildungsbereich über eine Verfassungslage. Doch diese bildungspolitische Ebene ist nicht Gegenstand der heutigen Debatte. Sie sei hier angefügt, um zu zei-

gen, dass dieses Gesuch kein Fass ohne Boden ist, wie Herr Loeb befürchtet, und nicht plötzlich jede Schule, die sich Sozialschule nennt, in den Genuss von Finanzhilfen kommt.

Wie eingangs erwähnt, geht es um Finanzhilfen. Die von den Räten überwiesene Motion Fischer-Sursee hat die langfristige Regelung der Bundesbeiträge zum Ziel. Indem beide Räte mit beachtlicher Stimmenzahl diese Motion überwiesen haben, wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass die Unterstützung der Höheren Fachschulen im Spezialbereich weiterhin eine Aufgabe des Bundes sein soll. Genauso wie an den HTL, HWV und den Höheren Schulen für Gestaltung soll auch die Ausbildung von sozial Arbeitenden, Sozialpädagoginnen und -pädagogen unterstützt werden. Ueber diesen Grundsatz brauchen keine Worte mehr verloren zu werden.

Auch über das Bedürfnis nach gut ausgebildeten Fachleuten im sozialen Bereich müssen keine Worte verloren werden. Ein Sozialstaat – als das versteht sich die Schweiz – braucht für die Linderung der sozialen Not – ich nenne hier Armut, Verelendung, Drogen, Aids, Betreuung von Behinderten, von Asylsuchenden, von Jugendlichen – speziell gut ausgebildetes Personal; wie im europäischen Ausland ist diese Ausbildung zumindest auch im Bereich der Höheren Fachschulen und der Fachhochschule anzusiedeln.

Konkret geht es um die Ausgestaltung der Finanzhilfe, um die Bestimmung, wofür der Bund Subventionen sprechen kann, wie hoch der Beitragssatz sein soll und wie das Verfahren zu regeln ist. Zu bestimmen ist auch die Form des Bezugs der Kantone, weil das Bildungswesen in diesem Bereich zu einem wesentlichen Teil in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ständerat René Rhinow, die den Vorentwurf erarbeitete, hat sorgfältige Arbeit geleistet und einen zukunftsweisenden Entwurf ausgearbeitet. Dieser hat denn auch in der Vernehmlassung positive Aufnahme gefunden. Der Entwurf Rhinow lehnt sich an das Berufsbildungsgesetz an und macht dort Anpassungen, wo dies für den zu subventionierenden Gegenstand angezeigt ist und wo weniger bürokratische Umtriebe die Folge sind.

Zur Logik des Entwurfs Rhinow gehören folgende Prinzipien: Aufteilung der Betriebskosten zu einem Drittel auf den Bund, zu zwei Dritteln auf Kantone und Private; Beiträge an die Betriebskosten; Beiträge an die Investitionskosten, sprich Bauten und Umbauten. Ein einfaches und unbürokratisches Verfahren, um den Verwaltungsaufwand bei den Schulen, aber auch beim Bund klein zu halten. Die Fraktion der Grünen Partei steht einstimmig hinter diesem Prinzip der Arbeitsgruppe Rhinow. Im wesentlichen hat auch der Bundesrat diese Vorschläge in seinem Entwurf übernommen.

Unsere Fraktion möchte den Entwurf des Bundesrates noch ergänzt sehen durch zwei Anliegen der Arbeitsgruppe Rhinow, die im vorliegende Gesetzentwurf leider nicht aufgenommen wurden, nämlich einen Beitragssatz von 35 Prozent und die Gewährung von Finanzhilfen an Neu- und Umbauten. Die entsprechenden Anträge mit Begründung liegen Ihnen schriftlich vor. Ohne diese Ergänzungen ist der Auftrag der Motion nur bedingt erfüllt, und ich müsste sagen: «Meister, das Werk ist fertig, soll ich es gleich flicken?»

Gemäss Botschaft des Bundesrates wird dieses Finanzhilfegesetz Ausgaben von rund 10 Millionen Franken pro Jahr zur Folge haben. Mit den vorliegenden Zusatzanträgen werden es vielleicht 11 Millionen Franken sein. Ein Vergleich sei erlaubt: Für die HTL allein zahlt der Bund jährlich rund 50 Millionen Franken; für alle Höheren Fachschulen im Biga-Bereich sind es über 67 Millionen Franken.

Der Sozialbereich darf beim Finanzkonzept für das höhere Bildungswesen nicht diskriminiert werden.

Im Namen der grünen Fraktion beantrage ich deshalb Eintreten auf den Gesetzentwurf.

M. de Dardel: Le Parti socialiste est évidemment tout particulièrement attaché à l'action des travailleurs sociaux, et donc à la nécessité de maintenir une formation suffisante pour ces métiers. Je crois savoir qu'une représentante du groupe libéral, qui va intervenir après moi, met en cause la base constitutionnelle de ce projet de loi. Nous tenons simplement à nous en référer aux considérants du message du Conseil fédéral à

ce sujet qui nous semblent tout à fait clairs: une base constitutionnelle existe bel et bien pour ce projet de loi. D'ailleurs, dans tous les pays qui nous entourent, la formation des travailleurs sociaux est assurée par des instituts universitaires ou par des institutions de niveau universitaire et il en va de même dans notre pays.

Non seulement nous soutenons l'entrée en matière sur ce projet de loi, mais également les propositions de M. Fischer-Sursee à l'article 6, alinéa premier. Nous considérons tout d'abord que les termes «frais imputables» (anrechenbar) ne sont pas heureux et qu'il faudrait les éviter. Dans l'application d'autres lois, on constate que ces termes permettent à l'administration de faire un tri dans les frais d'exploitation de façon à les abaisser de manière souvent arbitraire. Il vaut mieux, à notre avis, s'en tenir au texte initial du projet du Conseil fédéral.

Personnellement, j'ai déposé une proposition, que je retire puisqu'elle est tout à fait semblable à celle de M. Fischer-Sursee en ce qui concerne l'article 6, alinéa premier. Nous soutenons également les propositions faites par Mme Bühlmann et M. Zisyadis concernant cette même disposition, soit prévoir à nouveau, comme l'avait conçu le groupe de travail de M. Rhinow, un taux maximum de 35 pour cent pour l'aide fédérale à ces écoles supérieures de travailleurs sociaux. Nous estimons en effet que, dans d'autres cas d'écoles supérieures de formation professionnelle, les taux prévus à l'article 64 de la loi fédérale sur la formation professionnelle peuvent atteindre jusqu'à 47 pour cent. Il y a là une question d'égalité et la proposition de Mme Bühlmann est tout à fait satisfaisante.

Enfin, nous soutenons également la proposition de Mme Bühlmann et de M. Zisyadis concernant l'article 6, alinéa 3. Là aussi, il y a une question d'égalité avec les autres écoles professionnelles supérieures et il est impératif que les écoles professionnelles à caractère social puissent également bénéficier de la possibilité d'une aide financière pour la construction et la transformation de leurs bâtiments.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Antrag Sandoz

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, eine Verfassungsgrundlage zu schaffen.

Proposition Sandoz

Renvoi au Conseil fédéral

en l'invitant à élaborer une base constitutionnelle.

Mme Sandoz: Vous avez certainement tous remarqué qu'il y avait une erreur dans le préambule du projet de loi qui nous est soumis. Celle-ci concerne la base constitutionnelle. Ce n'est pas l'article 27, alinéa premier qui est la base constitutionnelle. Depuis des décennies que cet article est dans notre constitution, il n'a jamais été compris dans ce sens qu'il concernait les écoles sociales. Certes, depuis une dizaine d'années, une ou deux personnes fort distinguées soutiennent cette théorie, mais ce n'est pas ce qu'ont voté le peuple et les cantons. Le Conseil fédéral suit une motion, mais une motion n'a jamais donné l'ordre au Conseil fédéral de ne pas passer par une base constitutionnelle.

On objecte en général que, lorsqu'on se réfère à une base constitutionnelle, on fait du formalisme excessif. Je crois qu'il y a trois bons motifs d'exiger une base constitutionnelle avant de poursuivre les travaux.

Premièrement, nous sommes – et nous l'avons promis ou juré – les gardiens de la constitution, celle qui a été votée par le peuple et les cantons, pas les gardiens d'une interprétation qui peut être représentée par quelques personnes sans doute, mais qui ne représente pas l'opinion du peuple et des cantons. Il est vrai qu'une constitution doit pouvoir évoluer, mais lorsqu'elle évolue ce sont le peuple et les cantons qui en décident. Il est donc normal de soumettre une base constitutionnelle à ces derniers.

Deuxièmement, nous sommes les gardiens de l'exécution par la Confédération de ses tâches constitutionnelles. Or, nous venons de le constater en votant le budget, la Confédération

n'arrive même pas à accomplir les tâches constitutionnelles qu'elle a déjà – je pense aux routes, je pense à la relève universitaire, qui est une tâche constitutionnelle qui repose sur l'article 27, alinéa premier. En revanche, la tâche concernant les écoles sociales est nouvelle par l'aspect définitif, plus lourde que ce qui était exécuté jusqu'à présent. Nous serions irresponsables de ne pas soumettre au peuple et aux cantons la décision d'imposer une nouvelle tâche à la Confédération. Troisièmement il s'agit d'un motif de crédibilité. Nous avons perdu – nous le savons – beaucoup de crédibilité à l'égard des citoyens. On dit d'ailleurs: «A Berne, ils font ce qu'ils veulent». Si nous voulons regagner cette crédibilité, dont nous aurons terriblement besoin pour traiter, dans quelque sens que ce soit, le dossier Europe, nous devons commencer par nous montrer capables de respecter la constitution, telle qu'elle a été votée par le peuple et les cantons.

Tels sont les motifs pour lesquels je vous demande de renvoyer le texte au Conseil fédéral, afin qu'il établisse préalablement une base constitutionnelle que pourront voter ou refuser le peuple et les cantons.

Allenspach, Berichterstatter: Die Kommission hat die Frage der verfassungsmässigen Grundlage dieses Bundesgesetzes nur gestreift, nicht aber vertieft untersucht. Sie hat Kenntnis davon genommen, dass sich dieses Gesetz nach Ansicht des Bundesrates auf Artikel 27 Absatz 1 der Bundesverfassung abstützen kann, der den Bund ermächtigt, Universitäten und andere höhere Unterrichtsanstalten zu unterstützen.

Bisher hat der Bund allerdings von dieser Kompetenz, andere höhere Unterrichtsanstalten als Universitäten zu unterstützen, keinen Gebrauch gemacht. Die Subventionierung der höheren Lehranstalten im Bereich von Industrie, Gewerbe und Handel, also die HTL, die HWV usw. stützt sich auf Artikel 34ter der Bundesverfassung und damit auf das Berufsbildungsgesetz ab.

Artikel 27 Absatz 1 BV hat folgenden Wortlaut: «Der Bund ist befugt, ausser der bestehenden polytechnischen Schule eine Universität und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten oder solche Anstalten zu unterstützen.»

Es stellt sich also die Frage, ob die Schulen für Soziale Arbeit, für Sozialpädagogik, für Heimerziehung, für soziokulturelle Animation usw., wie sie auf Seite 18 der Botschaft detailliert genannt werden, zu den in Artikel 27 Absatz 1 BV neben den Hochschulen genannten «höheren Unterrichtsanstalten» gehören oder nicht.

Die Kommission konnte den zur Verfügung gestellten Unterlagen entnehmen, dass das Bundesamt für Justiz in einem Gutachten vom 12. August 1980 zum Schluss gekommen sei, dass Artikel 27 Absatz 1 BV keine genügende Grundlage für die Unterstützung der Schulen für Soziale Arbeit und Heimerziehung durch den Bund biete, vor allem weil sowohl die wissenschaftliche Stufe des Unterrichts als auch die Vergleichbarkeit mit einem Universitätsstudium in den Anforderungen beim Abschluss wie in der Dauer nicht gegeben seien.

Der Kommission lag dann aber ein neueres Rechtsgutachten von Professor Thomas Fleiner vom April 1981 vor, das zum gegenteiligen Schluss gekommen und festgehalten hatte, dass grundsätzlich alle Schulen, die dem Tertiärbereich angehören und auf einen Beruf mit hoher Verantwortung in der Gesellschaft vorbereiten, den Anforderungen von Artikel 27 Absatz 1 BV entsprechen.

Der Bundesrat hat sich gemäss Botschaft – entgegen dem früheren Gutachten der Justizabteilung – der Auffassung von Professor Fleiner angeschlossen und die Verfassungskompetenz als gegeben erklärt. Gleichzeitig hat er versichert, von dieser durch die neuere Doktrin sehr erweiterten Kompetenz nur zurückhaltend Gebrauch machen zu wollen.

In der Kommission hat die Verfassungsfrage keine Diskussion hervorgerufen. Wir haben die Verfassungsmässigkeit stillschweigend bejaht, weil das Gutachten von Professor Fleiner eben neueren Datums war und auch vom Bundesrat unterstützt wurde.

Ihre Kommission empfiehlt Ihnen deshalb, die Verfassungsmässigkeit zu bejahen und den Antrag von Frau Sandoz abzulehnen.

M. Guinand, rapporteur: La question de la constitutionnalité du projet de loi présenté par le Conseil fédéral n'a fait l'objet que de brèves allusions au sein de la commission. Selon le message, la constitutionnalité est fondée sur l'article 27, alinéa premier, de la constitution, qui permet à la Confédération de soutenir financièrement d'autres établissements supérieurs d'enseignement que les universités, et sur l'article 34ter qui permet de subventionner les établissements supérieurs de formation professionnelle.

Certes, la question se pose de savoir ici si les écoles supérieures de travail social rentrent dans l'une ou l'autre des catégories des établissements mentionnés. Pour répondre affirmativement à la question, le Conseil fédéral se réfère à un avis de droit de l'Office fédéral de la justice et du professeur Fleiner. Selon ces avis, les établissements supérieurs d'enseignement ayant une responsabilité sociale peuvent être considérés comme d'autres établissements d'enseignement supérieur au sens de l'article 27, alinéa premier, de la constitution.

Nous savons qu'il existe d'autres avis dans la doctrine sur ce délicat problème. N'étant moi-même pas spécialiste des questions de droit constitutionnel, je m'abstiendrai de prendre position, d'un point de vue juridique en tout cas. Mais comme il n'existe pas en Suisse de juridiction compétente pour juger de la constitutionnalité des lois, il appartient en définitive au pouvoir politique, en l'occurrence au Parlement, de trancher. En l'espèce, compte tenu du fait que les établissements concernés reçoivent des subventions depuis 1922 et qu'une motion adoptée par les deux Chambres a demandé au Conseil fédéral d'élaborer le projet présenté, la commission a considéré qu'il fallait estimer que le Conseil fédéral a la compétence d'agir en la matière.

Par conséquent, au nom de la commission, je vous demande de rejeter la proposition de renvoi de Mme Sandoz.

M. Cotti, président de la Confédération: Je tiens à rappeler, Madame Sandoz, que le Conseil fédéral, dans le cadre de la nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, désirait laisser cet objet à la compétence exclusive des cantons. Il ne l'a pas fait pour des raisons constitutionnelles, mais plutôt pour des raisons politiques; on aurait établi une distinction précise des fonctions entre la Confédération et les cantons. Hélas, il se peut que le Conseil fédéral veuille parfois décentraliser, ce qui pousse le Parlement à présenter des motions qui, elles, forcent la centralisation; c'est très souvent le cas lorsqu'il s'agit de questions financières.

Cela dit, j'admets que les avis peuvent être partagés quant à savoir si les établissements supérieurs d'enseignement dont fait état l'article 27, alinéa premier, de la constitution, peuvent ou non être pris en considération dans le cadre de notre proposition. M. Guinand l'a précisé, le Parlement aura la tâche d'établir de manière correcte cette constitutionnalité qui n'est, en Suisse, sanctionnée par aucune juridiction. Je me permets cependant de faire allusion aux personnalités qui soutiennent cette constitutionnalité, notamment au professeur Fleiner et au professeur Borghi, dans son commentaire de la Constitution fédérale. En outre, le professeur Rhinow, qui cumule les fonctions de parlementaire et celles de haut juriste a affirmé, dans le cadre de la commission préparatoire, que cette constitutionnalité était reconnue. Enfin, même l'Office fédéral de la justice est du même avis.

Je sais que d'autres personnalités tout aussi distinguées affirment le contraire. Il reste cependant qu'en Suisse seul le Parlement est compétent en la matière.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Sandoz

47 Stimmen

Dagegen

75 Stimmen

Detaillberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2*Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

Streichen

Art. 2*Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

Biffer

Angenommen – Adopté

Art. 3, 4*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 5*Antrag der Kommission**Abs. 1**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Loeb François, Allenspach, Büttiker, Frey Claude, Guinand, Seiler Hanspeter)

Das Departement befindet nach Anhörung der Kantone über die

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 5*Proposition de la commission**Al. 1**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Loeb François, Allenspach, Büttiker, Frey Claude, Guinand, Seiler Hanspeter)

Le département décide, après consultation des cantons, de l'octroi des aides

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abs. 1 – Al. 1

Loeb François, Sprecher der Minderheit: Der Minderheitsantrag wünscht, dass die Kantone, weil das Erziehungswesen kantonal ist, in das Ganze mehr einbezogen werden und als Minimum bei der Beitragsberechtigung von Höheren Fachschulen und Arbeitsgemeinschaften nicht nur das Departement des Innern bestimmt, sondern die Kantone angehört werden. Mir scheint das logisch zu sein. Wir sollten uns klar daran halten, dass schliesslich die Kantone diejenigen sind, die die Erziehungsfragen zu vollziehen haben.

Es ist keine grosse Sache, die Ihnen die Minderheit vorschlägt. Es ist in meinen Augen ein Akt, der nötig ist: Man muss auch die Kantone fragen, was sie dazu meinen. Uebrigens hat vor allem die EDK, die Erziehungsdirektorenkonferenz, immer wieder gesagt, dass sie sehr froh ist, wenn sie mitsprechen kann, wenn sie konsultiert wird und entsprechend Stellung

nehmen kann. Ob dann die EDK oder die Fürsorgedirektoren dazu Stellung zu nehmen haben, wird noch zu prüfen sein.

Ich bitte Sie also, dem Minderheitsantrag zuzustimmen. Es geht darum, dass die Kantone hier vermehrt einbezogen, vermehrt angehört werden.

Allenspach, Berichterstatter: Der Minderheitsantrag Loeb François will, dass die Kantone vor dem Entscheid des Departementes des Innern über die Beitragsberechtigung von Höheren Fachschulen und Arbeitsgemeinschaften angehört werden. In der Botschaft wird auch darauf hingewiesen, dass der Bundesrat die interessierten Kantone über die Direktorenkonferenz anhören werde. Es gibt mit anderen Worten in der Botschaft die Zusicherung, dass die Kantone angehört werden, allerdings nur über die Direktorenkonferenzen, während die Minderheit Loeb François den klaren Rechtsanspruch der Kantone auf die Anhörung im Gesetz selber begründen will. Die Kommission hat diese Frage diskutiert. Sie hat sich mehrheitlich mit 7 zu 6 Stimmen – für die Fassung des Bundesrates ausgesprochen. Sie sehen, die Frage ist umstritten.

Weil es bei diesen Schulen um föderalistisch organisierte Einrichtungen geht, wäre es meiner persönlichen Meinung nach sicher von Vorteil, die Kantone einzubeziehen.

Sie haben zu entscheiden.

M. Guinand, rapporteur: A l'article 5, il s'agit de la compétence de décision d'octroi des subventions. Le projet octroie cette compétence au Département fédéral de l'intérieur. Une minorité de la commission estime qu'il y a lieu de prévoir qu'avant de décider, le département devrait consulter les cantons. La proposition de M. Loeb a été rejetée par 7 voix contre 6. Comme vous le constatez, la question est discutée de savoir s'il ne faudrait pas tenir compte de l'avis des cantons puisqu'ils sont concernés en la matière.

Au nom de la commission, je vous invite à voter le texte du Conseil fédéral. A titre personnel, je voterai le texte de la minorité.

M. Cotti, président de la Confédération: Nous pouvons fort bien nous accommoder aussi de la proposition de la minorité. Le Parlement devra décider sans problème.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit

57 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit

47 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Art. 6*Antrag der Kommission**Abs. 1*

.... von höchstens 31,5 Prozent ihrer anrechenbaren Betriebsaufwendungen. Er berücksichtigt die Finanzkraft der Kantone.

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag Fischer-Sursee**Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Schriftliche Begründung

1. Die vorberatende Nationalratskommission hat dem Entwurf des Bundesrates den dem Berufsbildungsgesetz (BBG) entlehnten Begriff «anrechenbare» Betriebskosten hinzugefügt. Dieser Begriff macht im BBG Sinn, weil er in ein Subventionierungssystem eingebunden ist mit den Eckpfeilern: anrechenbare Betriebskosten, anrechenbare Investitionskosten, entsprechende Gestaltung des Beitragssatzes (27 bis 47 Prozent für HTL, HWV). Die Uebernahme nur des einen Eckpfeilers, der anrechenbaren Betriebskosten, ohne Uebernahme bzw. Anpassung der anderen beiden Eckpfeiler bringt das vom Bundesrat für die HFS vorgeschlagene Beitragsmodell aus dem Lot.

Nach dem Vorschlag des Bundesrates sind alle Betriebsaufwendungen beitragsberechtigt. Das ist eine massvolle Ver-

besserung. Der Vorschlag der Kommission bringt eine Verschlechterung der Beitragsbasis um etwa 5 Prozent, zudem wird der Abrechnungsaufwand sowohl bei den Schulen als auch beim Bund und bei den Kantonen grösser (siehe Botschaft S. 15).

2. Einheitlicher Subventionssatz für alle Höheren Fachschulen im Sozialbereich (HFS).

Bei den Höheren Fachschulen im Sozialbereich handelt es sich – mit drei Ausnahmen (VS, TI, AG) – um subventionierte Schulen mit privater Trägerschaft. Das Einzugsgebiet umfasst überall mehrere Kantone. Die von der vorberatenden Kommission hinzugefügte Bestimmung, nach welcher bei der Beitragszumessung auf die Finanzkraft der Kantone abzustellen ist, macht nur Sinn, wenn die Kantone Träger der Schulen sind, wie dies bei den HTL und HWV meist der Fall ist. Bei Schulen mit privater Trägerschaft ist ein einheitlicher Beitragsatz anzuwenden.

Eine Abstufung erschwert das Abrechnungssystem.

Antrag de Dardel

Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der grünen Fraktion

Abs. 1

.... höchstens 35 Prozent

Schriftliche Begründung

Beim vorliegenden Gesetz geht es um eine langfristige Lösung der finanziellen Beiträge des Bundes an die Höheren Fachschulen im Sozialbereich. Eine vom EDI eingesetzte Arbeitsgruppe unter Ständerat René Rhinow hat deshalb sorgfältig abgeklärt, nach welchem Finanzierungsmodell dieser Auftrag des Parlamentes am besten gelöst werden kann. Sie hat sich dann an das Beitragsmodell des Berufsbildungsgesetzes angelehnt, welches auch die Beiträge an die Höheren Fachschulen im Biga-Bereich (HTL, HWV) regelt. Die Eckpunkte dieses Subventionsmodells sind sowohl gemäss BBG als auch gemäss Vorschlag der Arbeitsgruppe Rhinow:

1. Beiträge an den Betrieb und an die Investitionen,
2. Beitragssatz von 35 Prozent (37 Prozent bei HTL/HWV mit privater oder gemischter Trägerschaft).

Dieses Beitragssystem macht jedoch nur Sinn, wenn alle Elemente berücksichtigt werden. Der Beitragssatz muss deshalb auf 35 Prozent festgesetzt werden.

Der Beitragssatz von 35 Prozent:

- war in der Vernehmlassung unbestritten (teilweise verlangten die Kantone gar einen höheren Beitragssatz);
- entspricht der üblichen Aufteilung bei ähnlichen subsidiären Aufgaben (ein Drittel Bund und zwei Drittel Kantone und Private);
- entspricht dem Satz vor der linearen Kürzung 1981. Diese Kürzung wurde im Gegensatz zur Berufsbildung angesichts der angestrebten Neuregelung kurzfristig nicht wieder angehoben;
- entspricht dem Prozentsatz von HTL/HWV (37 Prozent) mit ähnlicher Trägerschaft. Ein tieferer Prozentsatz käme einer Diskriminierung der höheren Ausbildungen im Sozialbereich gleich.

Die Erhöhung des Prozentsatzes auf 35 Prozent würde theoretisch Kosten von 11 statt 10 Millionen Franken pro Jahr verursachen. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, wird sich erst zeigen, wenn das EDI definiert hat, welche Schulen als Höhere Fachschulen im Sozialbereich gelten.

Mit einer Festsetzung des Prozentsatzes auf 35 Prozent werden die Budgetbeschlüsse 1992 nicht tangiert. Das neue Gesetz wird erst für 1994 finanzwirksam, die entsprechenden Mittel sind 1993 vom Parlament noch zu genehmigen.

Abs. 3 (neu)

Der Bund kann den Höheren Fachschulen einmalige Finanzhilfen an Neu- und Umbauten gewähren, die der Ausbildung im Sozialbereich dienen. Die Finanzhilfe beträgt höchstens 35 Prozent der anrechenbaren Aufwendungen. Die Bundesversammlung setzt jeweils mit dem Voranschlag den Höchstbetrag fest, bis zu dem im Voranschlagsjahr Zusicherungen von Finanzhilfen an Bauten abgegeben werden dürfen.

Schriftliche Begründung

Schulen im Tertiärbereich sind unbestrittenermassen auf eine angemessene Infrastruktur angewiesen. Sowohl nach Berufsbildungsgesetz wie auch nach Hochschulförderungsgesetz stellt der Bund dazu Mittel zur Verfügung. Im Sinne einer Gleichbehandlung mit anderen Ausbildungen im Tertiärbereich ist diese Beitragsart auch in das zur Debatte stehende Bundesgesetz aufzunehmen. Nur durch die Uebernahme des ganzen Subventionierungsmodells, wie es die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Ständerat René Rhinow vorgeschlagen hat, kann das Ziel der Motion Fischer-Sursee, nämlich die langfristige Sicherung der Finanzhilfen durch den Bund, erreicht werden. Das Weglassen dieser Beitragsart bringt das Finanzierungsmodell aus dem Lot, und es würde eine Diskriminierung der höheren Ausbildungen im Sozialbereich bedeuten.

Der Einbezug von Beiträgen an Neu- und Umbauten ist für den Bund letztlich kostenneutral, denn die Betriebskosten reduzieren sich dabei im Bereich der Mieten und Hypothekarzinsen. Mit der aus dem Vorentwurf übernommenen Antragsformulierung sind für den Bund die entsprechenden Beiträge je nach Finanzlage steuerbar.

Der Antrag bewirkt kein Durchlöchern der Budgetbeschlüsse 1992. Er wird erstmals auf 1994 wirksam. Die entsprechenden Mittel sind im Rahmen der Budgetdebatte 1993 festzulegen und zu bewilligen.

Antrag Zisyadis

Abs. 1

.... von höchstens 35 Prozent

Abs. 3 (neu)

Der Bund kann den Höheren Fachschulen im Sozialbereich eine einmalige Finanzhilfe gewähren für Neu- und Umbauten, die der Ausbildung in der Sozialarbeit dienen.

Art. 6

Proposition de la commission

Al. 1

.... jusqu'à concurrence de 31,5 pour cent de leurs charges d'exploitation imputables. Elle prend en considération la capacité financière des cantons.

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Fischer-Sursee

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de Dardel

Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition du groupe écologiste

Al. 1

.... jusqu'à concurrence de 35 pour cent

Développement par écrit

Il s'agit avec la présente loi de régler à long terme l'octroi par la Confédération d'aides financières aux écoles supérieures de travail social. Un groupe de travail mis en place par le DFI et présidé par le conseiller aux Etats René Rhinow a soigneusement étudié les modèles de financement qui permettraient au Parlement de s'acquitter aux mieux de son mandat. Il s'est inspiré, ce faisant, du modèle qui sous-tend la loi sur la formation professionnelle (LFP), modèle qui est aussi celui des contributions versées aux écoles supérieures relevant du domaine de l'OFIAMT (ETS/ESCEA) et dont les caractéristiques (dont se sont inspirés la LFP et le groupe de travail Rhinow) sont:

1. des contributions aux charges d'exploitation et aux investissements;
2. un taux de 35 pour cent des contributions (37 pour cent pour les ETS/ESCEA privées ou mixtes).

Ce modèle n'a de sens que si l'on considère tous les éléments qui le composent. Le taux des contributions de la Confédération doit donc être fixé à 35 pour cent pour les raisons suivantes:

Ce taux de 35 pour cent:

– n'a nullement été contesté lors de la procédure de consultation, certains cantons étant même allés jusqu'à réclamer un taux supérieur;

– correspond à la répartition dans les cas semblables de subsidiarité (un tiers pour la Confédération contre deux tiers pour les cantons et les particuliers);

– était en vigueur avant la réduction linéaire de l'année 1981, réduction qui, contrairement aux réductions qui avaient affecté la formation professionnelle et vu la nouvelle réglementation souhaitée à court terme, n'a pas été modifiée;

– est plus proche du taux accordé aux ETS/ESCEA (37 pour cent). Vouloir un taux inférieur pour les écoles supérieures de travail social reviendrait à les discriminer.

Faire passer ce taux à 35 pour cent devrait entraîner, théoriquement, un coût de 11 millions de francs par an au lieu des 10 millions prévus. En fait, on en aura la confirmation (ou non) lorsqu'on saura si les écoles actuelles peuvent ou veulent remplir les conditions imposées par le DFI aux écoles supérieures de travail social.

Fixer ce taux à 35 pour cent n'aura aucune incidence sur les décisions relatives au budget 1992. La nouvelle loi n'aura d'effets sur les finances qu'en 1994, les moyens correspondants devant être approuvés par le Parlement en 1993.

Al. 3 (nouveau)

La Confédération peut allouer aux écoles supérieures de travail social des aides financières uniques en faveur de la construction ou de la transformation d'immeubles servant à la formation. L'aide financière n'excède pas 35 pour cent des charges imputables. L'Assemblée fédérale fixe dans le budget le montant que ne doivent pas dépasser les aides financières accordées pour l'année en faveur de la construction ou de la transformation de ces immeubles.

Développement par écrit

Les établissements d'enseignement supérieur sont incontestablement obligés de disposer d'une infrastructure appropriée. La Confédération les y aide en leur allouant des fonds dans le cadre de la loi sur la formation professionnelle et de la loi sur l'aide aux universités. Il faut intégrer ce type de constructions dans la présente loi de manière à ce que les écoles supérieures de travail social traitées sur un pied d'égalité avec les autres établissements du même niveau. On ne pourra atteindre le but de la motion Fischer-Sursee, à savoir la garantie à long terme des aides financières de la Confédération, qu'en appliquant intégralement le modèle de contributions préconisé par le groupe de travail dont le conseiller aux Etats Rhinow est le président. L'exclusion de ce type de constructions déséquilibrerait ledit modèle, et les formations supérieures du domaine social s'en trouveraient discriminées.

Enfin, inclure dans la loi des contributions en faveur de la construction ou de la transformation d'immeubles servant à la formation n'a pas d'incidence sur le budget de la Confédération car les frais d'exploitation sont réduits de la part constituée par les loyers et les intérêts hypothécaires. Si on reprend la proposition formulée dans l'avant-projet, la Confédération peut moduler le montant des contributions en fonctions de l'état de ses finances.

Notre proposition n'aura aucune incidence sur les décisions relatives au budget de 1992. Elle n'aura d'effets sur les finances qu'en 1994. Les moyens correspondants devront être définis lors du débat sur le budget de 1993 et approuvés par le Parlement.

Proposition Zisyadis

Al. 1

.... jusqu'à concurrence de 35 pour cent

Al. 3 (nouveau)

La Confédération peut allouer aux écoles supérieures de travail social une aide financière unique aux constructions nouvelles et aux transformations de bâtiments qui sont utiles à la formation dans le domaine du travail social.

Fischer-Sursee: Mein Vorschlag geht dahin, dass man bei Artikel 6 Absatz 1 wieder die bundesrätliche Fassung aufnehmen soll. Es geht hier um zwei Problemkreise:

1. Der Bundesrat schlägt vor, dass die Finanzhilfe für alle Betriebsaufwendungen gewährt werden soll. Die Kommission spricht nur von den anrechenbaren.

2. Die Abstufung der Finanzhilfe soll nach der Finanzkraft der Kantone erfolgen; dies schlägt die Kommission im Gegensatz zum Bundesrat vor.

Zu Punkt 1: Der Vorschlag des Bundesrates übernimmt im wesentlichen die bis heute geltende Regelung, verbessert sie sogar etwas, und zwar insofern, als er die gesamten Betriebsaufwendungen zugrunde legt; die Erhöhung der Beitragsbasis von bisher 85 Prozent auf 100 Prozent ist die Folge. Es ist also eine leichte Verbesserung.

Der Grund, weshalb der Bundesrat zu dieser Lösung kommt, ist der: Man will den Abrechnungsaufwand bei den Schulen, den Kantonen und beim Bund vereinfachen; es gibt keine Abgrenzungsprobleme, es werden Verwaltungskosten eingespart.

Der Bundesrat sieht ausdrücklich keine Hilfe an Investitionen vor, wie es im Vorentwurf an sich vorgesehen war.

Der Vorschlag der Kommission spricht von den «anrechenbaren Betriebsaufwendungen». Diese Formulierung wurde aus dem Berufsbildungsgesetz übernommen, sie gilt vor allem für die Höheren Technischen Lehranstalten, HTL und HWV. Der Vorschlag der Kommission lässt nun aber hier eine Frage offen. Nach der Verordnung zum Bundesgesetz für die Berufsbildung, der die Formulierung entlehnt ist, gelten auch Beiträge für Bauten als subventionsberechtigigt (Art. 68 und 69 der BBV).

Ich stelle an die Kommission die Frage: Gilt dies auch für die Höheren Fachschulen im Sozialbereich? Sind mit der Formulierung «anrechenbare Betriebsaufwendungen» auch die Investitionskosten eingeschlossen? Gemäss Botschaft und nach Meinung des Bundesrates wäre das nicht der Fall gewesen. Ich muss daraus schliessen, dass es ebenfalls sein könnte, dass sie also nicht beitragsberechtigigt wären. Auf jeden Fall möchte ich eine ganz klare Aussage, was die Kommission mit dieser Formulierung wollte.

Wenn sie sagt, die Investitionskosten seien auch inbegriffen, dann ist das eine Verbesserung gegenüber der Vorlage des Bundesrates, und ich würde meinen Antrag, was den ersten Satz des Absatzes 1 betrifft, zurückziehen. Wenn die Kommission sagt, die Investitionskosten seien nicht inbegriffen, muss ich an meinem Vorschlag festhalten, da sonst eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Lösung eintreten würde, und zwar im Umfang von etwa 5 bis 15 Prozent. Es geht aber nicht, sich nur an einen der Eckpfeiler des Berufsbildungsgesetzes anzulehnen – es hat nämlich deren zwei –, die Investitionskosten aber nicht zu übernehmen.

Zu Punkt 2: Es geht hier um die Abstufung der Finanzhilfe nach der Finanzkraft der Kantone. Diese Formulierung, dieser Gedanke machen dort einen Sinn, wo die Kantone Träger der entsprechenden Institutionen sind. Das ist bei den HWV und bei den Höheren Technischen Lehranstalten meistens der Fall. Dort haben wir eine Spannweite der Subventionen von 27 bis 47 Prozent.

Die Höheren Fachschulen im Sozialbereich sind nun fast ausnahmslos private Schulen, und es sind private Träger, deren Finanzierung durch die Kantone und durch weitere private Kreise ganz unterschiedlich geregelt wird.

Der vorgesehene Höchstsatz von 31,5 Prozent ist an sich schon nicht besonders hoch; man muss es sagen: Er ist niedrig. Wenn wir nun noch auf die Finanzkraft der Kantone abstellen, dann wird dieser Satz bei finanzstarken Kantonen noch mehr gesenkt, noch niedriger; die Leidtragenden wären dann die Schulen.

Es ist auch noch offen, wie dieser Satz ermittelt werden soll. Die Schule in St. Gallen wird z. B. von fünf weiteren Kantonen getragen. Es ist also keine kantonale Schule, an der nur der Kanton St. Gallen beteiligt ist – auch Appenzell ist dabei. Sagen Sie mir jetzt: Nach welchen Kriterien soll nun die Finanzkraft ermittelt werden? Soll der Ermittlung des Satzes der finanzstärkere Kanton St. Gallen oder ein finanzschwacher Kanton zugrunde gelegt werden?

Im Berufsbildungsgesetz, wonach die Kantone Träger sind, ist diese Frage gelöst. Dort beträgt der Satz 27 bis 47 Prozent,

und es wird generell – wenn mehrere Kantone Träger sind – ein Mittelsatz von 37 Prozent angewendet. Bei den Höheren Fachschulen im Sozialbereich beträgt der Satz bloss 31,5 Prozent. Wenn wir hier einen Mittelsatz annehmen, sinken wir unter 30 Prozent; das ist meines Erachtens nicht gerechtfertigt. Bei den höheren technischen Schulen erhalten die Kantone nämlich weniger Finanzhilfe. Wenn aber hier gekürzt wird, erhalten die privaten Träger der Schulen weniger, und sie wären somit die Leidtragenden.

Sie wissen, die Höheren Fachschulen im Sozialbereich erfüllen wichtige Ausbildungsfunktionen für Fachleute, die in den Sozialdiensten der Kantone, der Gemeinden, der Kirchen und der privaten Einrichtungen tätig sind, um Menschen in der Not Hilfe anzubieten. Ohne diese ausgebildeten Fachleute wären die Kantone und die Gemeinden nicht in der Lage, die vielfältigen sozialen Probleme zu bewältigen.

In unserem schönen und gelobten Lande Schweiz gibt es auch viele Menschen, die leiden, Hilfe benötigen und auf der Schattenseite des Lebens stehen. Es ist eine humanitäre Pflicht unseres Staates, auch hier zu helfen; dazu brauchen wir Fachleute. Ich möchte das vor allem jenen Leuten zu bedenken geben, die sich gegenüber den Schulen für Sozialarbeit reserviert verhalten, wie das gerade heute beim Rückweiserungsantrag wieder zum Ausdruck kam.

Zur Beruhigung all dieser Leute möchte ich unseren ehemaligen Kollegen Sigi Widmer zitieren, der bemerkte: «Wenn schon Theo Fischer-Sursee diesen Vorschlag einreicht und sich dafür stark macht, ist wirklich nicht zu befürchten, dass deswegen demnächst die Revolution ausbricht.»

Frau Bühlmann: Ich beantrage Ihnen namens der grünen Fraktion, bei Artikel 6 Absatz 1 den Beitragssatz von 31,5 auf 35 Prozent zu erhöhen, und ich begründe das wie folgt: Es geht beim vorliegenden Gesetz um eine langfristige Lösung der finanziellen Beiträge des Bundes an die Höheren Fachschulen im Sozialbereich.

Die Arbeitsgruppe unter Ständerat René Rhinow, die ich beim Eintreten zitiert habe, hat sorgfältig abgeklärt, nach welchem Finanzierungsmodell dieser Auftrag des Parlamentes am besten gelöst werden kann. Sie hat sich an das Beitragsmodell des Berufsbildungsgesetzes angelehnt, welches auch die Beiträge an die Höheren Fachschulen im Biga-Bereich regelt. Die Eckpfeiler dieses Modells, das die Arbeitsgruppe Rhinow vorschlägt, sind – ich wiederhole es noch einmal –: Beiträge an den Betrieb und an die Investitionen und ein Beitragssatz von 35 Prozent.

Der Beitragssatz von 35 Prozent war in der Vernehmlassung unbestritten. Es gab sogar Kantone, die einen höheren Beitragssatz verlangten. Zudem entspricht er der üblichen Aufteilung zwischen Bund und Kantonen von einem Drittel und zwei Dritteln. Der Beitragssatz von 35 Prozent entspricht dem Satz vor der linearen Kürzung von 1981. Diese Kürzung wurde im Gegensatz zur Berufsbildung angesichts der angestrebten Neuregelung kurzfristig nicht wieder angehoben. Der Beitragssatz steht aber irgendwie schräg in der Landschaft der Subventionen. 35 Prozent, das entspricht dem Prozentsatz von HTL und HWV mit ähnlicher Trägerschaft. Ein noch tieferer Prozentsatz käme einer Diskriminierung der höheren Ausbildung im Sozialbereich gleich.

Ich beantrage Ihnen auch, bei Artikel 6 neu einen Absatz 3 einzufügen. Ich bin noch nicht sicher, welche Antwort Bundespräsident Cotti bezüglich der Investitionen geben wird. Zur Sicherheit beantrage ich Ihnen folgendes, damit das ganz klar wird: Der Bund kann den Höheren Fachschulen einmalige Finanzhilfen für Neu- und Umbauten gewähren, die der Ausbildung im Sozialbereich dienen. Die Finanzhilfe beträgt höchstens 35 Prozent der anrechenbaren Betriebsaufwendungen. Die Bundesversammlung setzt jeweils mit dem Voranschlag den Höchstbetrag fest, bis zu dem im Voranschlagsjahr Zusicherungen von Finanzhilfen an Bauten abgegeben werden können.

Schulen im Tertiärbereich sind unbestrittenermassen auf eine angemessene Infrastruktur angewiesen. Sowohl nach Berufsbildungsgesetz als auch nach Hochschulförderungsgesetz stellt der Bund dazu Mittel zur Verfügung. Im Sinne einer

Gleichbehandlung mit anderen Ausbildungen im Tertiärbereich, ist diese Beitragsart auch in das zur Debatte stehende Bundesgesetz aufzunehmen. Der Einbezug von Beiträgen an Neu- und Umbauten ist für den Bund letztlich kostenneutral, denn die Betriebskosten reduzieren sich dabei im Bereich der Mieten und Hypothekarzinsen. Mit der aus dem Vorentwurf übernommenen Antragsformulierung sind für den Bund die entsprechenden Beiträge je nach Finanzlage steuerbar.

Ich beantrage Ihnen im Namen der grünen Fraktion, diese beiden Anträge zu unterstützen.

M. Zisyadis: Nous vous proposons aussi deux amendements qui sont effectivement presque identiques à ceux qui ont été proposés tout à l'heure. Pour les 28 écoles concernées – 10 en service social, 4 en animation, 14 en éducation spécialisée – nous vous proposons de reprendre le taux de subventionnement de 35 pour cent des frais d'exploitation. Non seulement jamais ce taux n'a été mis en question lors des consultations – ce fut en effet l'unanimité autour de ce taux – mais surtout, il correspond à la répartition des charges entre la Confédération et les cantons dans d'autres institutions de ce type. A notre avis, il n'y a aucune raison impérative de pratiquer un autre taux ni surtout d'inscrire dans la loi fédérale la réduction des aides financières de 10 pour cent qui est pratiquée maintenant depuis 1981. Au fond, on aboutira au taux désiré de 31,5 pour cent en votant simplement l'inscription de 35 pour cent. Sinon, de manière sournoise, vous allez introduire un subventionnement encore moins important. En effet, on ne trouve nulle part, dans l'ensemble de la législation fédérale, ce taux de subventionnement de 31,5 pour cent. Est-ce que vous avez réfléchi que ce taux va à l'encontre des effets d'uniformisation de la législation?

A notre avis et à celui du Parti suisse du travail (POP), l'équité doit être la règle avec les autres institutions et les écoles supérieures semblables financées par la Confédération. Le taux de contribution de la Confédération aux écoles professionnelles, supérieures, OFIAMT, dont le mode de financement est semblable à celui des écoles supérieures de travail social, se monte à 37 pour cent. Un taux de subventionnement fixé à 31,5 pour cent serait donc discriminatoire pour celles-ci.

Nous vous formulons aussi un amendement à l'article 6 dont l'alinéa 3 (nouveau) est sensiblement différent de celui proposé tout à l'heure. Il est légèrement plus ouvert et moins contraignant. En effet, le groupe de travail, sous la direction de M. René Rhinow, était arrivé à la conclusion que tous les établissements d'enseignement de cycle tertiaire extra-universitaire devaient pouvoir bénéficier d'infrastructures adéquates. Les autres écoles du cycle tertiaire bénéficient de ce type de soutien pour les constructions nouvelles ou pour des transformations. Il n'y a pas de raison d'introduire une dévalorisation des écoles supérieures de travail social. Le respect de l'équité demande que le même type de décharge des cantons – n'oublions pas que c'est une décharge des cantons en définitive – soit introduit ici, car nous savons tous que ces écoles privées subventionnées ne peuvent s'offrir les bâtiments nécessaires à un bon enseignement sans l'aide des pouvoirs publics. Faire supporter cette charge uniquement sur le dos des cantons paraît bien inopportun alors que l'on reconnaît indispensable cette aide confédérale sur le plan des universités. De plus, une bonne gestion demande que l'on sépare les comptes d'exploitation des comptes d'investissements. Une subvention à la construction permettrait de se conformer à ce principe de base. La Confédération doit soutenir les deux formes de tâches et le refus de subventions à la construction va contraindre les écoles à pratiquer des artifices juridiques, ce qui nuit finalement à toute transparence dans leur financement. Je vous invite donc à soutenir les deux propositions.

Loeb François: Ich möchte Ihnen auf alle Fälle beliebt machen, beim Satz von 31,5 Prozent gemäss Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Heute morgen haben wir noch über Budgets gesprochen. Die ganze Session sprechen wir über Budgets. Warum haben wir diese Finanzsituation? Weil wir sehr oft in der letzten Legislatur über das hinausgegangen sind, was der Bundesrat verlangt hat. Der Bundesrat verlangt nun

31,5 Prozent. Es geht einfach nicht an, dass wir hier erneut und jedesmal über das hinausgehen, was der Bundesrat verlangt. Es geht hier um eine prinzipielle Frage. Ich bitte Sie, bei den 31,5 Prozent zu bleiben. Der Bundesrat regiert, und er soll sagen, was er braucht, und wir sollten keinesfalls darüber hinausgehen.

Allenspach, Berichterstatter: Der Bundesrat schlägt Ihnen in Artikel 6 mehrere Elemente vor:

Da ist einmal die Frage des Beitragssatzes. Der Bundesrat schlägt 31,5 Prozent der Gesamtaufwendungen vor, einen Beitragssatz, wie er bis anhin schon bestanden hat. Es ist also keine Erhöhung und keine Reduktion des Beitragssatzes, sondern es ist die Weiterführung des bisherigen Beitragssatzes. Die Kommission hat sich diesem Beitragssatz angeschlossen. Sie ist der Auffassung, dass hier in gleicher Weise wie bisher subventioniert werden soll. Sie hat eine Erhöhung des Beitragssatzes auf 35 Prozent mit 8 zu 9 Stimmen abgelehnt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einige Missverständnisse klären. Wir haben im Berufsbildungsgesetz verschiedene Typen höherer Fachschulen.

Wir haben erstens als höhere Fachschulen die Technischen Lehranstalten, die Ingenieurschulen, die HWV und die Höhere Fachschule für Gestaltung. Das sind gewissermassen die kostspieligsten höheren Fachschulen, und die werden mit einem durchschnittlichen Beitragssatz von 37 Prozent subventioniert.

Wir haben zweitens im gleichen Berufsbildungsgesetz die Technikerschulen, die Höhere Hauswirtschaftliche Fachschule, die Höhere Fachschule für Tourismus, die Höhere Gastwirtschaftliche Fachschule usw., und diese werden mit einem Beitragssatz von durchschnittlich 30 Prozent subventioniert.

Es ist also nicht so, dass die Höheren Fachschulen im Sozialbereich wesentlich anders behandelt werden als die «übrigen höheren Fachschulen» gemäss Berufsbildungsgesetz. Aus diesem Grunde lässt sich nach Auffassung der Kommission der Beitragssatz von 31,5 Prozent durchaus rechtfertigen.

Der Bundesrat sah im weiteren keine Abstufung dieser Beitragssätze nach der Finanzkraft der Kantone vor. Die Kommission war der Auffassung, dass sich eine Abstufung der Beitragssätze nach Finanzkraft der Kantone rechtfertigen lasse. Wir haben in praktisch allen Fällen bei Bundessubventionen eine Abstufung nach Finanzkraft der Kantone, auch im Bereich der Bildung, der Universität, der höheren Fachschulen, der Berufsbildung usw. Es ist nicht einzusehen, warum dieses Prinzip der Abstufung der Bundesbeiträge nach der Finanzkraft der Kantone hier nicht gelten soll.

Es liegt eine gewisse Ironie darin, dass der Antrag, die Beiträge seien nach Finanzkraft der Kantone abzustufen, von einem Vertreter eines finanzstarken Kantons kam, der also nicht primär für die Interessen seiner Kantonsfinanzen sorgen, sondern eine möglichst gute Harmonisierung dieser Bundessubventionen im System mit den anderen Bundessubventionen erreichen wollte. Das Argument, dass die Abstufung nach Finanzkraft der Kantone Anlass zu unüberwindlichen administrativen Schwierigkeiten geben soll, ist neu. Jedenfalls hat die Bundesverwaltung diese Abstufung nach Finanzkraft der Kantone schon in Tausenden von Fällen reibungslos bewältigt. Es ist nicht einzusehen, weshalb es hier der 1001. Fall sein soll, wo eine solche Abstufung administrativ und gesetzestech-nisch nicht mehr zu bewältigen sei.

Der Bundesrat hat in dieser Vorlage als Basiswert für die Bundesbeiträge die gesamten Betriebsaufwendungen vorgeschlagen. Es sollen also die gesamten Betriebsaufwendungen subventioniert werden. Die Frage stellt sich, was unter gesamten Betriebsaufwendungen zu verstehen ist. Es kann sicher nicht darunter verstanden werden, dass alles, was diese Schulen aus irgendwelchen Gründen ausgeben, vom Bund subventioniert werden könnte, weil diese Schulen dann in ihrer Ausgabengestaltung völlig frei wären. Schon gemäss bisherigem Bundesbeschluss erfolgte die Beitragsbemessung nach den anrechenbaren Betriebsaufwendungen – ähnlich wie es für die Regelung der höheren Fachschulen im Berufsbildungsbereich gilt –: als anrechenbar erklärt worden sind

die Gehälter und die allgemeinen Lehrmittel. Gemäss Botschaft werden auch die Mietkosten für Räumlichkeiten, die der Berufsbildung dienen, zu den allgemeinen Betriebskosten gehören, denn es ist nicht möglich, eine solche Schule ohne Räumlichkeiten zu führen.

In der Kommission wurde sehr lange darüber beraten, ob es nicht möglich sei, eine integrale Gleichstellung mit dem Berufsbildungsgesetz herzustellen. Das Berufsbildungsgesetz sieht nämlich unter den anrechenbaren Kosten auch Investitionskosten vor. Die Kommission hat vorerst mit dem Begriff der Anrechenbarkeit alle Elemente dieser Harmonisierung mit dem Berufsbildungsgesetz erreichen wollen. Sie hat dann aber in einem separaten Entscheid die Subventionierung der Investitionen mit 8 zu 4 Stimmen abgelehnt. Damit würden unter dem Titel der anrechenbaren Kosten die Investitionskosten nicht subventioniert. Es würde lediglich in Teilbereichen die Harmonisierung vollzogen.

Wenn man die Harmonisierung mit dem Berufsbildungsgesetz völlig vollziehen möchte, müsste man die Investitionen separat erwähnen. Auch dann, wenn man den Begriff «Anrechenbarkeit» streicht, werden die Investitionskosten nicht subventioniert. Das ist in der Botschaft deutlich gesagt worden.

Die Kommission schlägt Ihnen deshalb vor, Artikel 6 Absatz 1 so umzugestalten, dass man wie bis anhin auf die Anrechenbarkeit der Kosten verweist und die Finanzkraft der Kantone zu berücksichtigen hat.

Sie will zudem am Grundsatz festhalten, dass der Subventionssatz 31,5 Prozent beträgt. Sie sollten also den Antrag von Herrn Zisyadis ablehnen. Wir beantragen auch, den Antrag von Herrn Fischer-Sursee abzulehnen. Die Frage der Investitionskosten hatte in der Kommission mit 8 zu 4 Stimmen eine deutliche Ablehnung gefunden.

Wir bitten Sie, in diesem Sinne der Kommission zuzustimmen.

M. Guinand, rapporteur: Je vous rappelle que cette loi a pour but de permettre de poursuivre le subventionnement aux écoles supérieures de travail social. Or, la situation financière de la Confédération permet sans doute de poursuivre cette action, mais pas de l'augmenter. Si vous avez bien suivi les propos du président et du rapporteur de la Commission des finances, vous devez vous en tenir aux propositions formulées ici par le Conseil fédéral. Celui-ci propose un taux de subventionnement de 31,5 pour cent en sachant pertinemment que cela correspond à un taux de 35 pour cent, diminué de 10 pour cent, et qui demeure pour tous les autres subventionnements à 31,5 pour cent.

Pour des raisons de situation financière de la Confédération, il n'a pas été proposé de subventionner les investissements. Nous ne pouvons simplement pas suivre la proposition allant dans ce sens. La commission s'en est tenue aux propositions du Conseil fédéral. Par 9 voix contre 8, elle a accepté le taux de 31,5 pour cent et par 9 voix contre 4 elle a accepté de ne pas subventionner les investissements.

Quant à savoir s'il faut indiquer que c'est le 31,5 pour cent des charges d'exploitation simplement ou s'il faut préciser «des charges d'exploitation imputables», je voudrais souligner ici le fait que notre commission veut qu'il y ait, dans toute la mesure du possible, une harmonisation, une coordination, avec les règles applicables au subventionnement des autres établissements, universitaires ou professionnels tels que les écoles techniques supérieures ou les écoles supérieures d'administration dont nous avons dit tout à l'heure qu'elles entraient dans la même catégorie que les écoles supérieures de travail social. C'est pourquoi nous vous proposons d'ajouter le mot «imputables». Certes, il appartiendra à l'ordonnance d'exécution de cette loi de préciser ce qu'il faut entendre par cette expression, compte tenu de la manière dont ces écoles seront subventionnées.

Enfin, en ce qui concerne la prise en considération de la capacité financière des cantons dans la fixation du taux de subventionnement, là aussi c'est par souci d'harmonisation et d'égalité de traitement avec d'autres secteurs de subventionnement – qu'il s'agisse, je le répète, des universités, des écoles techniques supérieures ou d'autres écoles professionnelles – que la commission a souhaité ajouter cette précision.

Nous vous prions par conséquent de rejeter les propositions qui vont au-delà des propositions du Conseil fédéral et d'adopter la version de la commission.

M. Cotti, président de la Confédération: Le conseil de M. Loeb de suivre les propositions du Conseil fédéral est un conseil que je donnerais en général au Parlement. Dans le cas présent, je soutiens entièrement cette proposition. Nous avons tenté ici de donner suite au système de subventionnement qui existe déjà depuis plusieurs années. Il serait mal venu actuellement – M. Allenspach l'a dit – d'augmenter les prestations à ces écoles. Je le dis tout en précisant combien le Conseil fédéral apprécie ces écoles, qui sont généralement des institutions privées, et qui jouent un rôle très important en Suisse, dans un secteur aussi délicat et significatif que le secteur social. Toutefois, nous ne pouvons pas oublier que nous avons, dans le secteur scolaire en particulier, des compétences cantonales qu'il est nécessaire de maintenir. Les cantons doivent assumer pleinement ces compétences, ainsi que les coûts et parfois la charge qui en découlent.

La proposition du Conseil fédéral nous paraît donc équilibrée, elle présuppose que les frais d'investissements ne soient pas subventionnés et que, en même temps, on continue le type de subventionnement qui est en vigueur actuellement. Quant à la proposition de la commission de différencier les subventions sur la base de la force financière des cantons, elle n'est pas appliquée actuellement. Dans les cantons à forte capacité financière, ceux qui feraient les frais de cette proposition seraient les écoles, à moins que les cantons n'intègrent eux-mêmes les pertes que cette méthode comporterait. C'est au Conseil national de trancher. Quant au Conseil fédéral il estime que sa proposition est équilibrée et il vous demande de la soutenir.

Fischer-Sursee: Nach der Erklärung des Kommissionspräsidenten, dass die Investitionskosten in den anrechenbaren Betriebskostenaufwendungen nicht enthalten sind, muss ich an meinem Antrag festhalten.

Gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates bringt der Vorschlag der Kommission eine Verschlechterung des Basisbeitrages um 5 bis 15 Prozent, und das ist auch eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Lösung.

Die angestrebte Harmonisierung mit dem Berufsbildungsgesetz, wie sie die Kommission wünscht, wird trotzdem nicht erreicht, weil nämlich die Diskrepanz bestehen bleibt.

Abs. 1 – Al. 1

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Kommission 81 Stimmen
Für den Antrag Fischer-Sursee/de Dardel 50 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Kommission 88 Stimmen
Für den Antrag der grünen Fraktion/
Zisyadis 46 Stimmen

Abs. 2 – Al. 2

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der grünen Fraktion offensichtliche Mehrheit
Für den Antrag Zisyadis Minderheit

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der grünen Fraktion 49 Stimmen
Dagegen 86 Stimmen

Art. 7–11

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

99 Stimmen

Dagegen

33 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

88.229

Parlamentarische Initiative

(Berger)

Alkoholgesetz. Selbsthilfe im Obstbau

Initiative parlementaire

(Berger)

Loi sur l'alcool. Entraide en arboriculture

Siehe Jahrgang 1990, Seite 1229 – Voir année 1990, page 1229

Bericht und Gesetzentwurf der Kommission für Gesundheit und Umwelt vom 15. April 1991 (BBI IV 290)

Rapport et projet de loi de la Commission de la santé publique et de l'environnement du 15 avril 1991 (FF IV 283)

Stellungnahme des Bundesrates vom 23. September 1991 (BBI IV 306)

Avis du Conseil fédéral du 23 septembre 1991 (FF IV 299)

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag der grünen Fraktion

Nichteintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Proposition du groupe écologiste

Ne pas entrer en matière

Frau **Spoerry**, Berichterstatterin: Sie haben zu diesem Geschäft einen schriftlichen Bericht der Kommission sowie eine schriftliche Stellungnahme des Bundesrates zum Bericht unserer Kommission erhalten.

Ich gliedere meine mündlichen Ausführungen zum Eintreten in sechs Punkte: erstens Ziel der Vorlage, zweitens Geschichte der Vorlage, drittens Verfassungsmässigkeit und aussenpolitische Verträglichkeit, viertens Geltungsbereich, fünftens Ausnahmen, sechstens Stellungnahme des Bundesrates.

1. Zum Ziel der Vorlage: Die Vorlage, die Ihnen Ihre Kommission gestützt auf die parlamentarische Initiative Berger unterbreitet, will dazu beitragen, Ueberschüsse der Tafelobstproduktion zu vermeiden. Damit wird die Eidgenössische Alkoholverwaltung von den steigenden Aufwendungen für die brennlose Verwertung von Tafelobst, das der Markt nicht aufzunehmen vermag, entlastet. Dies spart dem Staat Kosten.

Die Solidaritätsbeiträge der Tafelobstproduzenten werden zur Produktionslenkung eingesetzt. Dabei wird das Geld vor allem für Rodeaktionen, für Werbung, für Qualitätskontrolle und Förderung sowie vermehrt auch für die Förderung der integrierten Produktion gebraucht. Damit soll die Produktion dem Markt angepasst werden.

Höhere Fachschulen im Sozialbereich. Finanzhilfen

Ecoles supérieures de travail social. Aides financières

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1991
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.054
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.12.1991 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2364-2373
Page	
Pagina	
Ref. No	20 020 693